

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2020

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Rat für Jugend, Bildung, Kultur und Sport: Entschließung zu Bildung im Europäischen Semester	1
EU-Kommission: Konferenz zur Umsetzung einer EU-Kindergarantie	1
EU-Parlament: Prioritäten für die neue europäische Inklusionsstrategie	1
EU-Kommission: Pilotaktionen zur Förderung der Bürgerbeteiligung	1
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	2
Belgien: Kostenloses Mukoviszidose-Screening für Neugeborene	2
Kroatien: Neue Projekte zur Deinstitutionalisierung angekündigt	2
Dänemark: Bericht über Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien	2
Finnland: Berechnungstool für Auswirkungen von Familienzeiten	3
Frankreich: Bericht zu Interventionen im Bereich Kinderschutz	3
Irland: Mehr finanzielle Mittel für Jugendorganisationen.....	3
Malta: Zuschuss für Familien mit Neugeborenen	3
Niederlande: Kampagne gegen Kinderarmut	4
Großbritannien: Gerichtshof erklärt Ehen nach islamischer Heiratszeremonie für rechtlich ungültig	4
Schweiz: Pro Familia hat Norm zur Work-Family Balance vorgeschlagen.....	4
Weitere Nachrichten	4
Joining Forces ruft zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Europa auf.....	4
Eurochild: Online Toolbox zur Beteiligung von Kindern	5
Care Leavers Network: Empfehlungen an europäische Staaten.....	5
Berichte und Studien	5
WHO: Bericht über Gewalt an Kindern in Europa	5
Caritas: Positionspapier zur Inklusion in Jugend- und Bildungsprogrammen	6
UNICEF: Gender Responsive and Age Sensitive Social Protection Think Piece Series	6
EU-Kommission: Bericht zur Koordination der Systeme sozialer Sicherheit.....	6
Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen: Umsetzung der Istanbul-Konvention	7
NELFA: Bericht zur Anerkennung von Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern.....	7
UNICEF: Kurzberichte zur Umsetzung der UNICEF Strategie 2018-2021.....	7
Caritas: Soziale Dienstleistungen im europäischen Vergleich	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Rat für Jugend, Bildung, Kultur und Sport: Entschließung zu Bildung im Europäischen Semester

Der Rat für Jugend, Bildung, Kultur und Sport hat eine Entschließung zu Bildung und Ausbildung im Europäischen Semester angenommen. Darin wird dazu aufgerufen, die zuständigen MinisterInnen stärker in den nationalen Prozess des Europäische Semesters einzubeziehen, wenn Fragen zu Bildung und Ausbildung debattiert werden. In der Resolution wird betont, wie wichtig allgemeine und berufliche Bildung für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit der EU und in wachsendem Maße für die Arbeitswelt sind. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, die Bildungspolitik nicht nur auf nationaler Ebene zu priorisieren, sondern auch den Austausch mit den anderen europäischen Staaten zu fördern, um gegenseitig von Best Practices profitieren zu können. Zudem sollte der Austausch mit Institutionen anderer Politikbereiche vorangebracht zu werden, um Neuerungen in der Bildungspolitik im mit angrenzenden Politikfeldern wie z.B. der Arbeitsmarktpolitik abzustimmen.

- [Entwurf der Resolution des Rates zum Bildung und Ausbildung im Europäischen Semester](#)  

EU-Kommission: Konferenz zur Umsetzung einer EU-Kindergarantie

Die EU-Kommission führt eine Prüfung der Umsetzbarkeit für die Pläne der sogenannten EU-Kindergarantie durch, deren erster Zwischenbericht seit Januar vorliegt. (s. [EuropaNews 01/2020](#)) durch. Anlässlich dieses Abschlusses der ersten Phase dieser Prüfung hat die Kommission am 17. Februar 2020 eine Konferenz veranstaltet, zu der PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammenkamen. Im Rahmen dieser Veranstaltung hat die Kommission bestätigt, dass sie eine Empfehlung an den Rat der EU aussprechen wird, die Unterstützung der Mitgliedstaaten für die EU-Kindergarantie zu fördern. Ein Kommissionsprecher bekräftigte, die Europäische Säule sozialer Rechte verpflichte auch zur Umsetzung von Kinderrechten.

EU-Parlament: Prioritäten für die neue europäische Inklusionsstrategie

Die Politik der Inklusion von Menschen mit Behinderungen auf europäischer Ebene wird derzeit von der europäischen Inklusionsstrategie 2010-2020 geregelt, die in diesem Jahr ausläuft. Das Komitee des EU-Parlaments für Arbeit und Soziales hat nun eine Resolution vorgelegt, die Prioritäten des Parlaments für den Entwurf der neuen Strategie enthält. Im laufenden Evaluationsprozess der auslaufenden Strategie hatten verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen darauf hingewiesen, dass diese zu wenige konkrete Empfehlungen für eine Politik zur Inklusion in den EU-Staaten enthält. Auch das zuständige Komitee des EU-Parlaments hält klar definierte Ziele, Zeitpläne für ihre Umsetzung und die Etablierung von EU-weiten Monitoring-Prozessen für notwendig, damit die neue Inklusionsstrategie mehr Wirksamkeit als die alte entfaltet.

- [Entwurf der Resolution des EU-Parlaments zur europäischen Inklusionsstrategie nach 2020](#) 

EU-Kommission: Pilotaktionen zur Förderung der Bürgerbeteiligung

Die EU-Kommission will BürgerInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen stärker in die Planung und Durchführung EU-geförderter Projekte im Rahmen der Kohäsionspolitik einbeziehen. Dazu hat sie zwei

Pilotprojekte gestartet, die Partizipation an der Entwicklung und Umsetzung von Strukturfondsprojekten ermöglichen sollen. In einem der Projekte können Behörden, die Strukturfondsmittel verwalten, Fachberatung von der OECD zur Einrichtung von Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung erhalten. Das zweite Pilotprojekt richtet sich an lokale Organisationen der Zivilgesellschaft, deren Ideen zur aktiveren Bürgerbeteiligung zukünftig mit finanziellen Mitteln der Kommission gefördert werden können. Beide Pilotprojekte laufen für einen Zeitraum von zwölf Monaten. Ihre Ergebnisse sollen evaluiert werden und in die Planung von Maßnahmen für die kommende Förderperiode für Kohäsionspolitik ab 2021 einfließen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Belgien: Kostenloses Mukoviszidose-Screening für Neugeborene

Die Französische Gemeinschaft Belgiens hat für die Region Wallonie-Brüssel die Aufnahme von Mukoviszidose in das Programm zur Erkennung angeborener Anomalien aufgenommen. Damit umfassen die für Eltern kostenlosen Screenings für Neugeborene nun auch den Test auf diese genetisch bedingte chronische Erkrankung. Die Untersuchung wird vom Amt für Geburt und Kindheit der Französischen Gemeinschaft angeboten und kann in Geburtskliniken oder von freien Hebammen durchgeführt werden. Die frühe Erkennung von Mukoviszidose solle eine schnelle fachärztliche Versorgung sicherstellen, wodurch Komplikationen vermieden und die Lebenserwartung der Betroffenen erhöht werden sollen.

Kroatien: Neue Projekte zur Deinstitutionalisierung angekündigt

Der kroatische Minister für Demographie, Familie, Jugend und Soziales hat die Investition von 22,5 Millionen kroatischen Kuna (ca. 3 Millionen Euro) in neue Projekte zur Deinstitutionalisierung angekündigt. Der Begriff Deinstitutionalisierung beschreibt den Übergang von der Unterbringung pflegebedürftiger Menschen in speziellen Einrichtungen zur Einrichtung alternativer Lebensformen. Dieser Ansatz ist seit zehn Jahren auch Grundlage der EU-Inklusionspolitik für Menschen mit Behinderungen (s. [EuropaNews 01/2020](#)). Die Projekte sollen die Entwicklung von nicht-institutionellen Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen ermöglichen.

Dänemark: Bericht über Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien

Das dänische Ministerium für Soziales hat einen Bericht zur Sozialpolitik im Jahr 2019 veröffentlicht, der sich auf Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien konzentriert. Ihre Situation soll mit sozialpolitischen Maßnahmen verbessert werden: So machen in Dänemark zum Beispiel junge Menschen aus Pflegefamilien 34 Prozent der wohnungslosen Menschen aus. Der Bericht zeigt außerdem ein durchschnittlich schlechteres Abschneiden bei schulischen Leistungen dieser Kinder. Je später Kinder in einer Pflegefamilie untergebracht würden, desto stärker wirke sich diese Lebenssituation auf die Leistungen aus. Bessere Bildungschancen dagegen hätten Kinder in Pflegefamilien aus einem Elternpaar, die die Pflege von Kindern nicht zu ihrem Haupterwerb gemacht haben. Verzeichnet wird jedoch ein Trend, nach dem Personen die Aufnahme von Pflegekindern verstärkt als Beruf betrieben. Das Ministerium entnimmt dem Bericht den Bedarf an schnellerer passender Vermittlung der Kinder und eine verbesserten Qualitätssicherung der Pflegefamilien.

Finland: Berechnungstool für Auswirkungen von Familienzeiten

Das finnische Ministerium für Soziales und Gesundheit hat ein Berechnungstool vorgestellt, mit dem Eltern den Effekt ihrer Familienzeiten auf ihre Rente berechnen können. Für Mutterschutz, Elternzeit und weitere Pflegezeiten werden verschiedene Rentenbeiträge berechnet. Für Mutterschutz und Elternzeit wird das zuvor verdiente Gehalt als Grundlage genommen und für die Berechnung des Rentenbeitrags um 21 Prozent erhöht, sodass Eltern durch die Inanspruchnahme von Mutterschutz und Elternzeit keine Einbußen für ihre spätere Rente zu erwarten haben. Bei längeren Pflegezeiten ohne Erwerbstätigkeit wird hingegen nur ein Mindestrentenbeitrag auf der Grundlage der derzeit ca. 750 Euro Pflegegeld monatlich eingezahlt. Mit dem neuen Tool können Familien die Auswirkungen verschiedener Modelle durchkalkulieren, in denen die Eltern die Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung unter sich aufteilen. Der Rechner wurde geschaffen, um diese Auswirkungen für Eltern transparenter zu machen und soll die gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern fördern.

Frankreich: Bericht zu Interventionen im Bereich Kinderschutz

Das französische Ministerium für Solidarität und Gesundheit hat einen Bericht über Kinderschutzmaßnahmen veröffentlicht. Darin werden Forschungsergebnisse, Best Practices und Erfahrungen aus dem Feld staatlicher Interventionen zum Kinderschutz in den Familien zusammengetragen. Zunächst werden Kinderrechte und Grundbedürfnisse von Kindern dargelegt. Erörtert wird außerdem, welche Faktoren eine Entwicklungsbeeinträchtigung von Kindern beeinflussen können und wie von staatlicher Seite spezifische Bedürfnislagen im Bereich Kinderschutz ermittelt werden können. Ziel ist es, im Rahmen der nationalen Kinderschutzstrategie einen einheitlichen nationalen Rahmen zur Bewertung und Intervention bei Kindeswohlgefährdung zu erarbeiten.

Irland: Mehr finanzielle Mittel für Jugendorganisationen

Das irische Ministerium für Kinder- und Jugendfragen hat angekündigt, im Jahr 2020 Mittel in Höhe von 61 Millionen Euro für Jugendorganisationen und –initiativen zur Verfügung zu stellen. Über 38 Millionen Euro von dieser Summe sollen dem Programm „UBU – Your Place, Your Space“ zugutekommen. Im Rahmen dieses Programms werden gezielt Projekte gefördert, die besonders gefährdeten Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 24 bei der Entwicklung persönlicher und sozialer Fähigkeiten hilft, die sie für ihr weiteres Leben brauchen. Die übrigen Mittel sollen zwischen Jugendorganisationen, Bildungs- und Ausbildungsprogramme und in lokale Angebote für Jugendliche fließen.

Malta: Zuschuss für Familien mit Neugeborenen

Das Ministerium für Familie, Kinderrechte und soziale Solidarität von Malta hat umfassende Neuerungen im Bereich der Sozialleistungen angekündigt. Neben Erhöhungen der Sozialleistungen für Menschen mit Behinderungen, der Mindestrente und der Sätze der Witwenrente gehört dazu die Einführung eines einmaligen Zuschusses für Familien, die ein Kind bekommen. Für jedes Neugeborene erhalten Eltern künftig 300 Euro. Angekündigt wurde außerdem ein neuer Zuschuss für Familien mit chronisch kranken Kindern, der im Laufe des Jahres ausgearbeitet werden soll.

Niederlande: Kampagne gegen Kinderarmut

Die Initiative „Sam &“ (Samen voor alle Kinderen, Zusammen für alle Kinder) hat eine neue Kampagne gestartet, die in den gesamten Niederlanden Aufmerksamkeit für das Thema Kinderarmut erzeugen soll. Die Initiative ist ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener gemeinnütziger Organisationen und Stiftungen, die Kinderarmut bekämpfen und Zugang zu kulturellen Aktivitäten fördern wollen. Ausgehend davon, dass Kinderarmut Exklusion aus verschiedenen sportlichen und kulturellen Aktivitäten zur Folge hat, soll die Kampagne gezielt die Teilhabe aller Kinder an diesen Angeboten fördern. Unter anderem ist eine digitale Plattform geplant, auf der Eltern und Lehrer Kinder an kostenlose oder günstige Angebote oder finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten vermitteln können.

Großbritannien: Gerichtshof erklärt Ehen nach islamischer Heiratszeremonie für rechtlich ungültig

Die Berufungsinstanz des Obersten Gerichtshofes von Großbritannien hat ein Urteil widerrufen, das eine Ehe nach islamischer Heiratszeremonie für rechtlich gültig erklärt hatte. Geklagt hatte eine Frau, die sich von ihrem Ehemann scheiden lassen und dabei die gleichen Regelungen wie bei standesamtlich geschlossenen Ehen geltend machen wollte. Das Gericht urteilte nun, nach britischem Recht sei das Paar nicht verheiratet gewesen, da kein Standesbeamter anwesend war und keine Urkunden ausgestellt worden seien. Eine britische Frauenrechtsorganisation kommentierte, diese Entscheidung würde muslimische Frauen von legalen Schutzmöglichkeiten ausschließen. Eine Einschätzung der Regierung zum Gesetz der Scharia in Großbritannien lautete bereits im Jahr 2017, muslimische Paare müssten wie jüdische und christliche Paare auch ihre religiöse Zeremonie durch eine standesamtliche Eheschließung ergänzen.

Schweiz: Pro Familia hat Norm zur Work-Family Balance vorgeschlagen

Pro-Familia Schweiz hat den Vorschlag einer zertifizierbaren Norm für familienfreundliche Unternehmen vorgelegt. Darin sind verschiedene Kriterien wie Flexibilität von Arbeitszeitmodellen und Arbeitsorte, Möglichkeiten der Unterbrechung von Tätigkeiten für Elternzeit und Pflege, Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung und dem Bekenntnis zum Ziel der Familienfreundlichkeit enthalten. Der Begriff Familie ist in diesem Vorschlag weit gefasst, um verschiedene Modelle des Zusammenlebens mit ihren jeweiligen Bedürfnissen abdecken zu können. Unternehmen und öffentliche Einrichtungen können sich zertifizieren lassen und damit ein Qualitätsmerkmal als attraktiver Arbeitgeber erhalten. Neben einer Bewertung der aktuellen Situation in der jeweiligen Organisation sieht die Zertifizierung die Planung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Work-Life-Balance für die Mitarbeitenden vor. Die Norm wird aktuell noch getestet und soll im zweiten Quartal des Jahres offiziell starten.

- [Zum Projekt "Work Family Balance" von pro Familia Schweiz](#)

Weitere Nachrichten

Joining Forces ruft zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Europa auf

Die Initiative „Joining Forces“ fordert das Voranbringen einer konsequenten Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention von der neuen EU-Kommission. Dabei verweist sie auf die Ankündigung der Kommissionspräsidentin von der Leyen, Kinderrechte mit der EU-Politik stärken zu wollen. Die Initiative ist ein

Zusammenschluss verschiedener Menschen- und Kinderrechtsorganisationen wie zum Beispiel ChildFund Alliance, Plan International, Save the Children International, SOS Children's Villages International, Terre des Hommes International Federation, and World Vision International. Ihre Vertreter trafen sich in Brüssel mit Kommissionsmitgliedern, um über künftige europäische Kinder- und Jugendpolitik in den Dialog zu treten. Dabei wiesen sie darauf hin, dass in Europa Kinderarmut und Gewalt gegen Kinder die häufigsten Verletzungen gegen die Rechte des Kindes seien.

- [Zur Kampagne Child Rights Now von Joining Forces](#) 

Eurochild: Online Toolbox zur Beteiligung von Kindern

Das Netzwerk Eurochild aus 34 europäischen Kinderrechtsorganisationen hat eine Online-Toolbox zur Partizipation von Kindern veröffentlicht. Sie wurde für Organisationen entwickelt, die in ihrer Arbeit die Beteiligung von Kindern starten oder voranbringen wollen. Die Tool-Box wurde in Zusammenarbeit mit der Eurochild-Mitgliedsorganisation Learning for Well-being Foundation entwickelt und enthält praktische Vorschläge, wie Formen der Beteiligung von Kindern mit ihnen gemeinsam entwickelt werden können. Außerdem stehen Materialien für Workshop-Einheiten zu Themen wie Partizipation, Repräsentation, Umsetzung und Evaluation zu Verfügung. Sie sollen als Anregung für Interessierte verstanden werden, den Prozess der Beteiligung von Kindern kreativ zu gestalten.

- [Child Participation Toolbox "We Are Here" von Eurochild](#)  

Care Leavers Network: Empfehlungen an europäische Staaten

Das Care Leavers Network ist das erste europäische Netzwerk von und für Menschen, die außerhalb ihrer Herkunftsfamilie aufgewachsen sind. In einem aktuellen Projekt haben 178 Mitglieder des Netzwerks aus sieben europäischen Ländern politische Empfehlungen für die Situation von Kindern in Pflegeeinrichtungen und Pflege- oder Adoptivfamilien gesammelt. Dazu zählen die konsequente Umsetzung der Kinderrechte für betroffene Kinder, die Förderung von Chancengleichheit in der Bildung und kostenlose rechtliche Unterstützung sowie medizinische Versorgung. Um diese und weitere Forderungen umzusetzen, wird die Bedeutung politischer Leitlinien für den Umgang mit Kindern in dieser Situation unterstrichen.

- [10 Empfehlungen des Care Leavers Networks an europäische Staaten](#) 

Berichte und Studien

WHO: Bericht über Gewalt an Kindern in Europa

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat einen Bericht zu Formen von Gewalt an Kindern in Europa, ihrer Verbreitung und Möglichkeiten zur effektiven Bekämpfung veröffentlicht. Er soll eine Unterstützung für Länder darstellen, die Prävention und Bekämpfung des Problems voranbringen wollen. Laut dem Bericht erleben europaweit jährlich 55 Millionen Kinder Gewalt. Darunter werden die verschiedenen Formen körperlicher, psychischer und sexueller Gewalt gefasst. Die WHO geht allerdings von einer hohen Rate nicht erfasster Gewalttaten gegen Kinder aus: Unter Einbezug dieser Dunkelziffer schätzt die Organisation, dass in Europa von den Kindern unter 18 Jahren 9,6% sexuellen Missbrauch, 22,9% körperliche Misshandlung und 29,1%

emotionale Misshandlung erleben. Zur Bekämpfung von Gewalt an Kindern wird ein allgemeiner politischer Wille festgestellt: So haben 83% der Staaten in der WHO-Region Europa einen nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Kindern. Allerdings sei weniger als die Hälfte davon finanziell ausreichend ausgestattet. Als Strategien zur Bekämpfung des Problems werden unter anderem die Implementierung und Durchsetzung entsprechender Gesetze, Unterstützung für Eltern und Pflegepersonen und die sozioökonomische Absicherung von Familien genannt.

Caritas: Positionspapier zur Inklusion in Jugend- und Bildungsprogrammen

Gemeinsam mit weiteren Verbänden hat die EU-Vertretung des Deutschen Caritasverbands das Positionspapier „Inklusive Jugend- und Bildungsprogramme - Empfehlungen zur Verbesserung der Inklusion in Erasmus+ und im Europäischen Solidaritätskorps“ veröffentlicht. Auf Grundlage ihrer praktischen Arbeit geben die Organisationen Empfehlungen, wie die EU-Programme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps inklusiv gestaltet werden können. Die Vorschläge umfassen das Einbeziehen von Menschen mit Behinderungen als ExpertInnen in der Planung von Projekten, gezieltere Ansprache Betroffener über die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Nutzung barrierefreier Kommunikationsmöglichkeiten und die Sensibilisierung von EntscheidungsträgerInnen für die Bedürfnisse dieser Zielgruppe.

- [Positionspapier "Empfehlungen zur Verbesserung der Inklusion in Erasmus+ und im Europäischen Solidaritätskorps"](#) 

UNICEF: Gender Responsive and Age Sensitive Social Protection Think Piece Series

UNICEF hat ein Forschungsprogramm zur sozialen Sicherheit im Zusammenhang mit den Faktoren Geschlecht und Alter ins Leben gerufen: Das Programm GRASSP (Gender-Responsive and Age-Sensitive Social Protection) soll typische Lebensentscheidungen von Männern und Frauen im Lebensverlauf und deren Auswirkungen auf die soziale Absicherung im Alter untersuchen. Die Erkenntnisse sollen dazu beitragen, auf welche Weise Systeme der sozialen Sicherung dazu beitragen, Geschlechterungleichheiten abzubauen und Altersarmut nachhaltig zu bekämpfen. Nun ist die erste Ausgabe der Working Paper Serie GRASSP Think Pieces erschienen. Darin finden sich Aufsätze zum Ansatz der Lebensverlaufsforschung, zu geschlechts- und altersbezogenen typischen Lebenslagen sowie demographischen Situationen verschiedener Regionen.

- [GRASSP Think Pieces Series](#) 

EU-Kommission: Bericht zur Koordination der Systeme sozialer Sicherheit

Die Koordination der Systeme sozialer Sicherheit ermöglichen die Freizügigkeit von EU-BürgerInnen innerhalb der Mitgliedstaaten. Sie bietet ein Regelwerk auf europäischer Ebene, nach dem die EU-Staaten ihre Gesetze zur Behandlung von EU-AusländerInnen in Fragen der sozialen Absicherung ausgestalten. Sie ermöglicht EU-BürgerInnen z.B., Sozialleistungen im EU-Ausland zu beantragen, keine doppelten Abgaben in zwei Mitgliedstaaten zu leisten und die Anrechnung gezahlter Beiträge aus einem Mitgliedstaat in einem anderen. Der jetzt veröffentlichte Bericht enthält Statistiken für das Jahr 2019 aus den Bereichen Gesundheitsversorgung, Familienleistungen, Rentenbezüge und Elterngeld. Zu jedem der Themenbereiche wurden zudem detaillierte Einzelberichte erstellt. Renten sind die in der EU am häufigsten im Ausland bezogenen Sozialleistungen.

- [Bericht zur Koordinierung der Systeme sozialer Sicherung 2019](#) 



Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen: Umsetzung der Istanbul-Konvention

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen hat ein Arbeitspapier veröffentlicht, in dem die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Dänemark, Finnland und Österreich dargestellt wird. Das völkerrechtliche Übereinkommen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt definiert verbindliche Rechtsnormen für dieses Problemfeld. Um ihre Umsetzung vergleichend zu überprüfen, wird im Arbeitspapier eine Übersicht der Gewaltschutz- und Hilfesysteme zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen gegeben. Dazu gehören spezialisierte Hilfsdienste wie Fachberatungsstellen, Schutzunterkünfte wie Frauenhäuser und Unterstützungsangebote für Betroffene sexueller Gewalt. Insgesamt werden die Hilfesysteme in allen drei Ländern als ausdifferenziert und qualitativ hochwertig eingestuft. Allerdings gehe der starke Fokus auf häusliche Gewalt zulasten anderer Gewaltformen wie Stalking, Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung. Zudem müsste die Zugänglichkeit zu den Hilfsangeboten für alle Gruppen von Frauen verbessert werden.

- [Zum Download des Arbeitspapiers "Gewalt gegen Frauen – Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Dänemark, Finnland und Österreich"](#)




NELFA: Bericht zur Anerkennung von Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern

Das Netzwerk europäischer Organisationen von LGBTQI-Familien NELFA hat einen Bericht zur Anerkennung der rechtlichen Verbindung von Kindern und ihren beiden gleichgeschlechtlichen Elternteilen veröffentlicht. Darin wird angemerkt, dass die Anerkennung dieser Familien über Grenzen hinweg innerhalb der EU nicht umfassend garantiert sei, da nicht alle EU-Mitgliedstaaten die gleichgeschlechtliche Ehe im Gesetz verankert hätten. Plädiert wird dafür, dass die Anerkennung auf EU-Ebene verbindlich für alle Staaten entschieden werden müsste

- [The Cross Border Legal Recognition of Rainbow Families Under EU Law](#)  

UNICEF: Kurzberichte zur Umsetzung der UNICEF Strategie 2018-2021

In der UNICEF-Strategie 2018-2021 werden fünf Bereiche definiert, in denen die Lebenssituation von Kindern weltweit verbessert werden soll. Sie sind jeweils mit einem klaren Ziel bezeichnet: 1. Jedes Kind lebt und entwickelt sich, 2. Jedes Kind lernt, 3. Jedes Kind ist vor Gewalt und Ausbeutung geschützt, 4. Jedes Kind lebt in einer Sicheren und sauberen Umgebung und 5. Jedes Kind hat gerechte Chancen im Leben. Damit sollten die Ziele der Organisation systematisiert und Erfolge konkreter messbar gemacht werden. Nun sind fünf Kurzberichte zu diese Bereichen der Strategie über den Stand der Umsetzung und die Effektivität verschiedener Policy-Ansätze in Ländern mit geringem bis mittleren durchschnittlichen Einkommen erschienen.

- [Zusammenfassung der UN-Strategie 2018-2021](#)  
- [Zum Download der Kurzberichte über die Umsetzung der UNICEF-Strategie 2018-2021](#) 

Caritas: Soziale Dienstleistungen im europäischen Vergleich

Bei Caritas Europa ist eine Studie zu Sozialen Dienstleistungen im europäischen Vergleich erschienen. Sie enthält Informationen zu Angeboten im Bereich Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Pflege, Sozialberatung und Hilfe für Wohnungslose. Einbezogen wurden 16 europäische Staaten, zu denen je ein Länderbericht veröffentlicht wurde. Insgesamt zeigt die Studie, dass der Zugang zu sozialen Dienstleistungen sich europaweit verbessert hat. Dennoch wird darauf hingewiesen, dass die sozialpolitischen Anstrengungen auf EU-Ebene besser koordiniert

werden müssten. Aus allen Staaten gebe es Best-Practices, vom europaweiten Austausch profitierten demnach die Angebote in einzelnen Mitgliedstaaten und letztlich die BürgerInnen.

- [Zur Studie "Social justice for equality in europe"](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
11. Mär 2020 Brüssel, Belgien	Climaterefugees – from understanding to addressing this challenging phenomenon	European Economic and Social Committee
9. März 2020 Paris, Brüssel	Launch of How's Life? Measuring Well-being 2020	OECD
16. März 2020 Brüssel, Belgien	COFACE Work-life balance expert meeting	COFACE Families Europe
01.-05. Apr 2020 Lancashire, Großbritannien	International Child Welfare: Analysing and Reforming Child Protection Systems	UCLAN
17.-18. Apr 2020 Brüssel, Belgien	Extraordinary General Assembly of the European Youth Forum	European Youth Forum
04.-06. Mai 2020 Tallinn, Estland	Salto Youth Participation Forum	Salto Youth
04.-07 Mai 2020 Helsinki, Finland	Children first - Designing sustainable early childhood education	Finnish National Agency for Education
11. – 12. Mai 2020 Zagreb, Kroatien	Digital Citizenship	COFACE Families Europe, Step by Step
1. - 4. Sept 2020 Zürich	16. Internationale Konferenz der EUSARF ((European Scientific Association for Residential and Family Care for Children and Adolescents)	EUSARF
29. Sept. 2020 Berlin	Child Guarantee	COFACE Families Europe, AGF
29.-30. Okt 2020	Annual ICCFR Seminar	AGF, ICCFR

25.-27. Nov 2020 Mannheim	European Social Economy Summit 2020	Europ. Kommission, Stadt Mannheim
------------------------------	---	--------------------------------------

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
 Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

